

Was den DDR-Bürgern genommen wurde

Zum Erinnern und Nachahmen

von Brigitte Queck

1. Die DDR war der 1. deutsche Friedensstaat der Welt.
2. **Die DDR hielt sich an internationale Gesetze und das Völkerrecht und führte keine Angriffskriege gegen andere Staaten.**
3. Die DDR war ein sozialistischer Staat in der Anfangsetappe.
4. Die DDR war ein weltweit anerkannter Industriestaat, der an 10. Stelle der Welt stand.
5. Die DDR besaß eine ausgezeichnete Landwirtschaft, die in den letzten Jahren in der Lage war, ihre Bevölkerung selbstständig mit Produkten aus der eigenen Landwirtschaft, Fleisch, Wurst, Obst, Gemüse, Eier usw. zu versorgen, ja sie brauchte nicht einmal Weizen einzuführen !
6. Die DDR war ein Staat des Volkes.
7. Der Mensch stand im Mittelpunkt, nicht das Geld.
8. **In der DDR war die Gleichberechtigung von Mann und Frau—auch lohnmäßig—gesetzlich verankert.**
9. Der Staat gab alle vom Volk erwirtschafteten Gewinne neben notwendiger Ausgaben für die Entwicklung der Wirtschaft und infrastruktureller Maßnahmen aus für:
 - medizinische Betreuung, sowie Übernahme aller Kosten in Bezug auf Zahnbehandlung, Augenkorrektur, Grippe- und anderer Erkrankungen **bis zur Genesung des Betroffenen**, notwendiger anschließender, auch jährlicher, Kuren;
 - kostenfreie Bildung für alle, einschließlich nicht rückzahlbarer Stipendien an Universitäten und Fachschulen;
 - Kinderkrippen- und Kindergärtenbetreuung für 0,50 Mark pro Tag, durch die es den Frauen möglich war, weiterhin ihren Beruf auszuüben;
 - niedrige Mieten;
 - niedrige Fahrpreise im Nah- und Fernverkehr; 1 Monatsticket im Nahverkehr kostete 6,50 Mark und
 - kostenlose Ferienaufenthalte für alle Kinder.
10. In der DDR gab es ein Mehrparteiensystem, geführt von der SED.
11. Die DDR hatte ein gut funktionierendes Rechtssystem, das für jedermann kostenfrei war. Kleine Streitigkeiten wurden durch geschulte Schöffen im Betrieb und Wohngebiet selbstständig und ohne Bürokratie gelöst.
Beschwerden der Bevölkerung an staatliche Organe mussten innerhalb von 4 Wochen schriftlich beantwortet werden !

AN ALL DAS ERINNERN SICH DIE DDR-BÜRGER BIS HEUTE UND WERDEN ES AN DIE NÄCHSTE GENERATION ZUM NACHAHMEN WEITERGEBEN !!

Wir sind ein Verein von politisch Gleichgesinnten aus der DDR und den alten Bundesländern, die sich seit dem Aggressionskrieg der NATO gegen den souveränen Staat Jugoslawien zusammengefunden hat.

Seit dieser Zeit stehen wir jede Woche auf der Straße, um per Mikrofon gegen US/NATO-Aggressionen in aller Welt unsere Stimme zu erheben und die Menschen aufzufordern, gegen solche Verbrechen, die leider bis heute andauern, zu protestieren.

Die DDR ist unsere gewesene Heimat (Vereinsmitglieder aus der DDR) und politische Heimat (Vereinsmitglieder aus den alten Bundesländern).

Die DDR hat seit ihrer Gründung im Jahre 1949 bis zum Jahre 1989 keine Kriege geführt.

Frieden und Völkerverständigung war das Grundanliegen des sozialistischen Staates DDR.

Deshalb haben wir als „Mütter gegen den Krieg Berlin-Brandenburg“ über die Vorstellung unseres Vereins im Internet, den Versanfang eines in der DDR gern gesungenen Liedes gewählt: „Arbeit, Brot und Völkerfrieden, das ist uns`re Welt!“.

Für dieses Anliegen stehen wir auf der Straße und werben für eine Welt ohne Kriege und Angst vor dem Morgen !

www.muetter-gegen-den-krieg-berlin.de

Aufruf aus der Friedensbewegung an die Partei Die Linke

Wir unterstützen als Bündnis „Bildung ohne Bundeswehr (BoB)“ den „Aufruf aus der Friedensbewegung an die Partei Die Linke (PdL)“

(<https://frieden-links.de/>) Die Forderungen nach dem Austritt Deutschlands aus der NATO, der Auflösung der NATO und der sofortigen Beendigung aller Auslandseinsätze der Bundeswehr gehören zu den Eckpfeilern linker Friedenspolitik in der Bundesrepublik Deutschland (BRD). Der zunehmend offensiv formulierte Wunsch unter anderem der PdL-Parteivorsitzenden, in eine rot-rot-grüne Bundesregierung einzutreten, ist mit diesen Forderungen aber nicht kompatibel. Mitglieder der Bundestagsfraktion haben zudem schon jetzt klar gemacht, dass sie Bundeswehrein-sätze tolerabel finden. Ein Aufruf, der diese Position kritisiert, ist daher im Jahr vor der Bundestagswahl zwingend geboten. Wir möchten den InitiatorInnen daher ausdrücklich für ihre Initiative und dafür danken, dass sie sich für eine klare Friedens- und Antikriegspolitik stark machen.

Gleich wie die Organisationen und Einzelpersonen, die in unserem Bündnis organisiert sind, die Linkspartei und ihren Kurs bewerten, sind wir uns darin einig, dass es eine fatale Entwicklung wäre, wenn die PdL auf eine offene Unterstützung der NATO und der Bundeswehrein-sätze einschwenkte. Sie wird, ob uns das gefällt oder nicht, von der Öffentlichkeit als parlamentarische Vertreterin der Linken in Deutschland wahrgenommen. Es ist daher ein Rückschritt in den Klassenauseinandersetzungen, wenn diese Partei signalisiert, dass militärische Mittel zur Durchsetzung der ökonomischen und machtpolitischen Interessen der herrschenden Klasse Deutschlands tragbar sind. Insofern sind Äußerungen, wie sie jüngst der Co-Chef der PdL-Bundestagsfraktion Dietmar Bartsch gemacht hat, die eine Akzeptanz der NATO und von Auslandseinsätzen der Bundeswehr als Angebot für ein rot-rot-grüne Regierungsbündnis auf Bundesebene anzeigen, grundsätzlich zurückzuweisen.

Allerdings wollen wir sowohl gegenüber den Linksparteimitgliedern als auch den Aktiven der Friedensbewegung zum Ausdruck bringen, dass weder die Programmatik der Partei Die Linke noch die reale Praxis insbesondere ihrer führenden Funktionäre friedenspolitisch konsequent ist. Seit Jahren gibt es in der Partei und ihren Vorfeldorganisationen eine Auseinandersetzung um die Begriffe Auslands- und Kriegs- bzw. Kampfeinsätze. Hinter diesem Streit um Termini stehen unterschiedliche Konzepte, was man will und wie weit man bereit ist, Zugeständnisse an die bewaffnete Durchsetzung der Interessen des deutschen Imperialismus zu machen. Dazu sei gesagt, dass auch die jetzige Bundesregierung das Militär ins Ausland schickt, aber nicht immer von Kampf- oder Kriegseinsätzen spricht.

Wichtiger als die Wortklauberei ist aber, dass die PdL seit ihrer relativ einheitlichen Ablehnung des Afghanistaneinsatzes (einem der Gründungspfeiler der Partei) in zentralen außenpolitischen Konflikten keineswegs als konsequent friedenspolitische Kraft gegen den Hauptfeind im eigenen Land aufgetreten ist. Syrien, Ukraine, Russland, Venezuela – immer wenn es hart auf hart gekommen ist, haben führende Repräsentanten der Partei Positionen vertreten, die sich bestenfalls in Nuancen von denen der Grünen oder SPD unterscheiden haben. Bartschs rezente Äußerungen sind dafür nur ein Beispiel. Auf dem Feld des Nahostkonflikts stehen der Apparat der Partei und die Bundestagsfraktion trotz des aufrechten Engagements Einzelner de facto hinter der außenpolitischen Staatsräson Deutschlands, so wie es Gregor Gysi vor mehr als zehn Jahren als Ziel formuliert hat. Der internationalen Solidarität mit dem Widerstand der Palästinenser und der israelischen wie jüdischen Linken gegen die Besatzungspolitik Israels haben sie damit den Rücken gekehrt.

Dass außerdem bereits bei so mancher Abstimmung über UN-Einsätze schon mal nicht „konsequent friedenspolitisch“ votiert wurde, man die Europäische Union vor EU-Wahlen vor der Kritik als „neoliberale, militaristisch und undemokratische Macht“ in Schutz nahm und man auf Landesebene zwecks Koalitionserhalt schon nahezu alles ignoriert hat, was angeblich zum „Markenkern“ (Henning-Wellsow) der Linkspartei gehört (AfD-Vertreter wählen, Koalition mit der CDU, Braunkohlebergbau, Schuldenbremse, Privatisierungen, Stellenabbau, Polizeieinsätze gegen linke Projekte, Akzeptanz des Verfassungsschutz, Abschiebungen usw. usf.) – alles das deutet schon lange darauf hin, dass die Linkspartei nicht klar gegen die Kriege von deutschen Boden nach 1945 und gegen die NATO-Bindung Stellung beziehen wird, wenn dafür eine rot-rot-grüne Bundesregierung zu haben ist.

Diejenigen, die in der PdL, ihren Vorfeldorganisationen und in der Friedens- und Antikriegsbewegung aufrichtig dafür kämpfen, dass die imperialistische Außen- und Militärpolitik Deutschlands ebenso beendet wird wie der NATO-Terrorismus auf dem gesamten Globus, haben unsere volle Unterstützung und Solidarität. Deshalb unterzeichnen wir auch den oben genannten Aufruf. Gleichwohl halten wir eine schonungslose Analyse der Linkspartei, ihrer gesellschaftlichen Funktion, ihrer Entwicklung und insbesondere auch ihrer Position in der Friedensfrage für unerlässlich. Dabei geht es uns aber in erster Linie um die Zukunft der Friedens- und Antikriegsbewegung. Wir sollten auf einen „zweiten Kosovokrieg“ vorbereitet sein, falls ihn die PdL ermöglicht.

Bündnis „Bildung ohne Bundeswehr (BoB)“

Hamburg, September 2020

-

www: <http://bildungohnebundeswehr.blogspot.de/>

Facebook: <https://www.facebook.com/BildungohneBundeswehr/>

Twitter: https://twitter.com/BoB_BW_raus

Telegram-Kanal: <http://t.me/BoB1nfo>

Kurzkommentar zu Obigem:

Wir stellen uns als „Mütter gegen den Krieg Berlin-Brandenburg“ hinter den konsequenten Anti-Kriegskurs der Friedensbewegung.

Das bedeutet: “Gegen US/NATO-Aggressionskriege in aller Welt und Bundeswehreinsätze innerhalb der NATO.

Es geht um die Einhaltung des Grundgesetzes—das übrigens von dem Bundesverdienstkreuzträger mit Band, Professor Dr. Küchenhoff aus Münster führend mit ausgearbeitet wurde und mit dem wir bis zu seinem Tode freundschaftlich verbunden waren— vornehmlich um Art. 87a (2), in dem es heißt: “Außer zur Verteidigung dürfen die Streitkräfte nur eingesetzt werden, soweit es das Grundgesetz es ausdrücklich zulässt“, Art.25:“Die allgemeinen Regeln des Völkerrechts sind Bestandteil des Völkerrechts...“, sowie Art.26 (1)“Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen“.

i.A. Brigitte Queck

Friedensbewegung

Aktivist*innen besetzen Truppenübungsplatz Altmark

Bundeswehr soll Kriegsübung stoppen

19.09.2020



Pressesprecherin Katja Tempel (Bild von JunepA via Flickr)

20 Antimilitarist*innen haben am Vormittag das Gefechtsübungszentrum Heer (GÜZ) besetzt, um auf die Kriegsvorbereitungen in der Altmark aufmerksam zu machen. Jährlich üben hier mehr als 20.000 Soldat*innen aus vielen Nato-Mitgliedsstaaten den Kampfeinsatz im Ausland.

„Krieg beginnt hier“ steht auf einem der Banner.

Die Aktivist*innen gelangten fast ungehindert auf den 230 km² großen Truppenübungsplatz. Ihr Ziel war das ehemalige Heidedorf Salchau, das 1936 für die Truppenübungsplatznutzung weichen musste. Sie hängten Wäsche auf, begannen den Boden zu beackern. „Wir machen diesen Ort wieder lebendig und damit schützenswert, wie die gesamte Colbitz-Letzinger Heide“ so Helmut Adolf.

„Und gleichzeitig erinnern wir an alle Menschen, die wegen militärischer Konflikte Flucht und Vertreibung erleiden mussten“ ergänzt Fedele Friede.

Einige der Kinder, die in Salchau aufwuchsen, lebten vor ein paar Jahren noch. So auch Günter Horn. Als 1936 das Dorf geräumt wurde, um die militärischen Versuche zu intensivieren, sei das für ihn der Auftakt des Krieges gewesen. Das sei etwas, was er erst im Nachhinein so sehe. Er erzählte bei einer Gedenkfeier darüber, wie er als 17-Jähriger eingezogen und an der Ostfront verletzt wurde und dadurch knapp der russischen Gefangenschaft entkam. Nach dem Krieg sei er Historiker geworden, „um die Gründe herauszufinden, wie denn so ein unsäglicher Krieg mit so viel Leid beginnen konnte“, sagte

er. Er wünschte, er hätte es nicht getan, gestand er vor den Zuhörern. Die Gründe für Kriege mögen manchmal vertretbar sein, wenn es beispielsweise um Schutz des eigenen Landes gehe, sagte er. „Viel öfter sind sie es aber nicht. Ich kann nur hoffen, dass Deutschland solche Zeiten nicht mehr erleben muss“, sagte der 90jährige im Jahr 2017. „Bitte vergesst unser Salchau nicht“, schloss er seine Rede. (Quelle: Volksstimme 2012, 2017)

Daran knüpfen die Besetzer*innen an: „Nie wieder Krieg“ darin sind sie sich mit Günter Horn einig und genau deswegen haben sie als Ziel ihrer Aktion Salchau gewählt.

Der Truppenübungsplatz Altmark zählt mit der genutzten Technik und seiner Größe zu den modernsten der Welt. Kampfsituationen mit Panzern und im Nah- und Häuserkampf werden geübt und per Übertragungstechnik an die Auswertezentrale übermittelt und bewertet. In diesen Tagen übt dort ein Panzerbattalion aus Thüringen für ihren tödenden Einsatz.

Bewusst wird die Landschaft vegetationsarm gehalten und Übungsdörfer im Stil der Einsatzgebiete gestaltet. Im nördlichen Zentrum des Platzes wurde für 140 Millionen Euro ein Feldflughafen und die Kampfstadt „Schnöggersburg“ gebaut. Dort gibt es Wohn- und Elendsviertel, ein Schwimmbad, einen Sakralbau, die einzige U-Bahn in Sachsen-Anhalt. Hier lässt sich nicht nur der Krieg anderswo üben, sondern auch die Aufstandsbekämpfung im eigenen Land.

Mit ihren emissionsreichen Übungen gehören die militärischen Einheiten, die auf dem Truppenübungsplatz trainieren, zu den größten Klimakillern. Aber nicht nur der Übungsbetrieb schädigt das Klima, auch die Kampfeinsätze weltweit tragen zur Klimakrise bei.

Die „Gewaltfreie Aktion GÜZ abschaffen“ mobilisiert seit 2014 immer wieder zu Besetzungen des militärischen Gebietes.

In ihr arbeiten Menschen aus der BI OFFENE HEIDE, dem Jungen Netzwerk für politische Aktionen (JunepA) und weitere engagierte Friedensaktivist*innen mit.

*Mit ihrer Platzbesetzung fordern die Aktivist*innen, die Schließung des Truppenübungsplatzes, die Abschaffung der Bundeswehr und die verstärkte Ausbildung und Finanzierung von Friedensfachkräften.*

Die Besetzung des Truppenübungsplatzes in der Altmark dauert zurzeit noch an.

Seit fast 24 Stunden halten Kriegsgegner*innen der „Gewaltfreien Aktion GÜZ abschaffen“ das kleine ehemalige Heidedorf Salchau im Herzen des militärischen Übungsgeländes besetzt. Am gestrigen Vormittag war es der Gruppe ohne Schwierigkeiten gelungen den Platz zu betreten. Sie besiedelten Salchau und verbrachten den Tag mit Workshops, Lesungen, Einrichten einer Lesecke und legten einen Friedenspfad aus.

Die Bundeswehr stoppte ihre Übungen, die Polizei stellte Personalien fest. Trotzdem verbrachten die 20 Besetzer*innen die Nacht vor Ort unter freiem Himmel Salchau.

Sie protestieren damit gegen die Kriegsvorbereitungen, die von diesem Platz ausgehen und fordern die sofortige Schließung des GÜZ (Gefechtsübungszentrum) und die Rückgabe der Colbitz- Letzlinger Heide an die Bevölkerung.